

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Riesa, Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen befähigterseits bestimmte Blatt.

Verlagsort: Riesa, Postfach Nr. 22.

Nr. 185.

Donnerstag, 9. August 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellung. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für den 20 mm breiten, 3 mm hohen Grundtext (6 Silben) 25 Gold-Pfennig; die 20 mm breite Reklametexte 100 Gold-Pfennig; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeiträge können Anspruch auf Lieferung oder Rückzahlung des Bezugspreises, Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Nölschmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Das deutsche Volk und der Trianonfrieden.

Beseitigte Mißverständnisse.

Der Vester Lloyd hat soeben einen Brief vom Reichstagspräsidenten Lobe über seine Neben im Burgenland veröffentlicht und wohl als maßgeblich anzusehende Äußerungen hinzugefügt, die geeignet sind, Mißverständnisse und Spannungen zu beseitigen, wie sie leider durch anscheinend falsche Berichterstattungen zwischen dem deutschen und dem ungarischen Volke entstanden sind. Reichstagspräsident Lobe hat im Anschluß an das Wiener Sängerkongress bekanntlich das nahegelegene Burgenland, das durch die Friedensbestimmungen von Trianon abgetrennt und an die österreichische Republik angeschlossen worden ist, besucht. Es wurden nur in einem Teile der Budapester Presse heftige Angriffe gegen den Reichstagspräsidenten gerichtet, weil er angeblich erklärt haben sollte, daß 70 Millionen Deutsche für die Unverletzlichkeit des Trianoner Friedensvertrages eintreten müßten, jenes Friedensvertrages, durch welchen Ungarn auf einen Bruchteil seines früheren Besitzstandes an Land und Einwohnern zusammengeschnitten worden ist. Die Rede des Reichstagspräsidenten Lobe in der Hauptstadt des Burgenlandes soll eine besondere Spitze auch gegen die Rothermere-Aktion gehabt haben. Wer die Einstellung des gesamten ungarischen Volkes ohne Unterschied der Parteifarbung gegen die Bestimmungen des Trianoner Friedensvertrages kennt und wer etwas von der Stärke der Revisionbewegung im ungarischen Volke weiß, die durch die Rothermere-Aktion zu gewaltigen Aufschwüngen gebracht worden ist, der mußte die Leidenschaftlichkeit der Presseangriffe ungarischer Blätter voraussehen, falls Reichstagspräsident Lobe tatsächlich die ihm zugeschriebenen Äußerungen getan hätte. Nun kann der deutsche Reichstagspräsident, der zugleich Präsident des deutsch-österreichischen Volksbundes ist, darauf hinweisen, daß er niemals die ihm unterlegenen Äußerungen getan hat. Er stellt in seinem vom Vester Lloyd am 7. August veröffentlichten Briefe fest, daß er mit keinem Worte auf die Aktion des Vord Rothermere eingegangen sei, da auch er die Meinung hege, daß diese Aktion mit dem Burgenlande nichts zu tun habe. Reichstagspräsident Lobe hat in den einzelnen Orten des Landes mit unabweisbarer Zustimmung der burgenländischen Bevölkerung das Recht auf Selbstbestimmung, die Idee des Zusammenschlusses von Deutschland und Österreich betont. Er hat hervorgehoben, daß sich diese Bestrebungen gegen kein anderes Volk richten und daß den Teilnehmern dieser Bewegung jeder Haß und jede Beeinträchtigung anderer Völker fernliegt. Nur auf friedlichem Wege wolle das deutsche Volk sein Selbstbestimmungsrecht verwirklichen. Die örtliche Presse des Burgenlandes hat auch durchaus in dieser Form über die Äußerungen des deutschen Reichstagspräsidenten Bericht erstattet.

Der Vester Lloyd schließt sich diesen Gedankengängen, denen er die Berechtigung vom deutschen Standpunkte aus nicht absprechen kann und will, durchaus an. Das Selbstbestimmungsrecht ist auch dem ungarischen Volke eine wertvolle und unumstößliche politische Forderung. Auch das ungarische Volk will auf friedlichem Wege und ohne daß dieses politische Lebensziel erreicht. Besonders zu begrüßen ist es, daß der Vester Lloyd sowohl in seiner eigenen Stellungnahme wie in dem vorhergegangenen Aufsatze des Grafen Apponyi, auf welchen Reichstagspräsident Lobe in seiner Aufschrift Bezug nimmt, ebenfalls die Ansicht vertreten, daß das Burgenland außerhalb der Rothermere-Aktion steht. Graf Apponyi hatte geschrieben: „Jedermann weiß, daß die Revisionbestrebungen, die der edle Lord vertritt, sich auf jene an Rumänien angrenzenden abgetrennten Gebiete beziehen, die von etwa 2 Millionen Magyaren besetzt waren, deren Abtrennung demnach auch jenen Nationalitätsprinzip ins Antlitz schlägt, das der Verkünderung Ungarns als Wortband dienste. Wir wollen nun ganz davon absehen, ob — oder besser: daß der Trianoner Friede noch andere Ungerechtigkeiten und Ungeheimheiten aufweist, auf deren Beseitigung wir nicht verzichten können; die Rothermere-Aktion faßt nur diese, allerdings offensichtlich und schreiendsten Ungerechtigkeiten ins Auge, strebt nur diese Korrektur an, durch die kein deutsches Interesse, auch das vermeintliche burgenländische nicht, berührt wird. Auch die Sache des Weltfriedens ist durch die Rothermere-Aktion nicht bedroht, die auf eine friedliche Auseinandersetzung hinaus, wodurch die vorhandenen Konflikte beseitigt werden sollen; worin wir uns also in vollständiger Ueberzeugung befinden.“ Wenn auch, wie der Vester Lloyd betont, weder von der einen noch von der anderen Seite der Anspruch gestellt werden kann, daß die beiderseitige Politik in Berlin und Budapest sich immer im Einklang befinden, so hat doch das gemeinsame Kriegsgeschehen und die gemeinsam ertragene Not der Nachkriegszeit das deutsche Volk mit dem ungarischen volkshörig außerordentlich stark verbunden. Gerade das deutsche Volk, das sich in ähnlicher Notlage befindet und den gleichen Beschränkungen seiner Selbstständigkeit unterworfen ist, wie sie Ungarn auferlegt worden sind, hat Verständnis für die Freiheitsbewegung des ungarischen Volkes aufgebracht. In deutschen Volkskreisen ist man es auch durchaus, wenn Ungarn eine Wiederherstellung auf friedlichem Wege und im Sinne der Zusammenfassung des geschnittenen Volkskörpers erstrebt. Daß das Burgenland als ein geschichtlich und der Bevölkerung nach ein deutsches Grenzgebiet nicht unter die Rothermere-Aktion fallen kann und

Stephan Raditsch gestorben.

M. Belgrad. Stephan Raditsch ist gestern abend 8,55 Uhr in Kragin gestorben.

Die letzten Stunden Stephan Raditschs.

M. Budapest, 8. August. Nach einer Meldung aus Kragin hatte sich im Bestehen Stephan Raditsch am 7. Uhr abends eine leichte Besserung gezeigt, so daß sich die Ärzte ermutigten und nur die nächsten Familienmitglieder am Krankenlager zurückließen. Um 8,55 Uhr kehrte sich die Verschlimmerung im Bestehen des Kranken ein, die nach wenigen Minuten den Tod herbeiführte. Es dauerte länger als eine Stunde, bis die Nachricht in den Ort- und Kaffeehäusern bekannt wurde. Um 11 Uhr abends wurden Giraudgaben der Blätter herausgegeben, und das Publikum umfand in großen Scharen die Redaktionen der Zeitungen, um Neuigkeiten zu erfahren. In Kragin ist es nicht gekommen.

Zum Tode von Stephan Raditsch.

Kragin. (Telunion.) Stephan Raditsch starb, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Er wurde als Sohn bäuerlicher Eltern am 11. Juli 1871 in dem Dorf Trebarjevo bei Slatina in Kroatien geboren. Er studierte in Moskau, Prag und Paris. Stephan Raditsch vertrat in seiner Heimat die slavische Idee und sprach selbst alle slavischen Sprachen. Seine politische Tätigkeit brachte ihm mehrfach Gefängnisstrafen ein. Ende 1904 gründete Stephan Raditsch mit seinem Bruder die kroatische Bauernpartei. Stephan Raditsch galt vor dem Weltkriege als treuer Anhänger der Habsburger und übertrug sogar die Kaiserkrone ins kroatische. Nach dem Kriege beämpfte er zunächst den Bolschewismus. In der Frage der Staatsbildung trat er in heftige Opposition gegen Belgrad. In den Wahlen vom Jahre 1920 erhielt seine Partei für die Konstantine 50 Sitze, die Abgeordneten blieben aber dem Parlamente fern. Im Jahre 1928 erließen sich die Mandate sogar auf 70. Als seine Verdienste, die Föderalisierung Jugoslawiens zu erwirken, die er bei den fremden Mächten unternommen hatte, mißlang, gab Raditsch mit seiner Partei das parlamentarische Boykott auf. Er selbst begab sich nach Moskau, wo er die Aufnahme der Bauernpartei in die Bauerninternationale durchsetzte. Erst im Sommer 1924 kehrte Stephan Raditsch nach Kragin zurück und führte durch

heftige republikanische Agitation den Sturz des Kabinetts Davidovic herbei. Die neue Vassoregierung über die Bauernpartei auf und verhaftete Raditsch im Januar 1925. Während der Untersuchung aber errang seine Partei bei den am 8. Februar durchgeführten Wahlen wiederum 60 Sitze. Als die Mandate für ungültig erklärt werden sollten, erklärte Raditsch seine Partei, daß sich Stephan Raditsch und seine Partei auf den Boden der neuen Verfassung stelle. Die Mandate wurden daraufhin für gültig erklärt und Stephan Raditsch wurde entlassen. Im Dezember 1925 erhielt er den Sava-Orden erster Klasse, die höchste jugoslawische Auszeichnung und übernahm das Unterrichtsministerium. Im Jahre 1926 erfolgte sein Bruch mit der radikalen Partei, der immer mehr vertiefte. Infolge verschiedener politischer Seitenprünge war sein Verhältnis zum König und dessen Staatsmänner etwas gespannt. Trotzdem wurde er im Frühjahr 1928 mit der Regierungsbildung betraut, doch mißlang seine Aufgabe. Die heftige oppositionelle Einstellung und die heftigen Ausfälle führten die blutigen Ereignisse vom 20. Juni herbei, in denen er selbst schwer verletzt wurde. In den Folgen seiner Verletzung ist er nun gestorben.

Trauer in Kragin.

* Kragin. (Tel.) In Kragin herrscht über den Tod Stephan Raditschs große Trauer und tiefe Erschütterung. Um 12 Uhr mitternacht begannen alle Glocken in der Stadt zu läuten. In einzelnen Gebäuden werden bereits Trauerfahnen gehißt, während am Donnerstag die gesamte kroatische Hauptstadt und das ganze Land Trauer angelegt werden. Vor der Villa Stephan Raditschs steht eine große Menschenmenge. Im Trauerhause befinden sich außer den engeren Familienangehörigen des Verstorbenen noch viele Abgeordnete seiner Parteiorganisation. * Belgrad. (Tel.) Wie bekannt, hinterließ Stephan Raditsch ein politisches Testament, dessen Deutung in den politischen Kreisen Belgrads mit Spannung erwartet wird. * Kragin. (Tel.) Wie aus Kragin gemeldet wird, wurden auf die ersten Nachrichten über den Tod Raditschs die öffentlichen Lokale sofort verlassen. Die musikalischen Darbietungen wurden eingestellt und die öffentlichen Versammlungen in den Theatern sofort unterbrochen. Es wurde große Befolgung bemerkt, jedoch herrscht überall in Kragin Trauer. Sämtliche Lokalkomitees sind geschlossen.

Um die Verkehrssicherheit der Reichsbahn.

Erste Sitzung des Ausschusses zur Überprüfung der Verkehrssicherheit der Deutschen Reichsbahn.

Berlin. (Funkpruch.) Am heutigen Vormittag fand die erste Sitzung des von dem Reichsverkehrsminister gebildeten Ausschusses zur Überprüfung der Verkehrssicherheit der Reichsbahn statt. Die Sitzung wurde in Anwesenheit des Generaldirektors der Deutschen Reichsbahngesellschaft und von dem Reichsverkehrsminister eröffnet. Derselbe begrüßte die Mitglieder des Ausschusses und dankte ihnen für die Übernahme ihrer schwierigen und verantwortungsvollen Arbeit. Er erörterte Zweck und Ziel der Arbeit des Ausschusses und die Art der Zusammenfassung derselben. Er hob hervor, daß der Ausschuss in seinen Arbeiten völlig unabhängig sei und daß er berechtigt sei, zeitliche Beschränkungen vorzuschreiben und nach seinem Ermessen Sachverständige zu hören und Gutachten einzufordern. Er betonte weiter, daß sowohl der Generaldirektor

der Reichsbahn wie auch der Verkehrsminister dem Ausschuss stets zur Verfügung stehen. Er bat weiter, daß die Arbeit des Ausschusses unbeachtet ihrer Bedeutung einen tatsächlichen schnellen Verlauf nehme, damit das Ergebnis der Arbeiten des Ausschusses möglichst bald in die Tat umgesetzt werden könne, um das Vertrauen zur Deutschen Reichsbahn und ihren Einrichtungen in vollem Maße wiederherzustellen. Namens des Ausschusses dankte der Reichsverkehrsminister dem Ausschuss dem Minister und betonte, daß er sich namens des Ausschusses mit den Ausführungen des Ministers nur einverstanden erklären könne. Der Reichsverkehrsminister übertrug sodann den Vorsitz dem Geheimen Oberbauamt Berlin. Der Ausschuss nahm dann seine Arbeiten sofort in Angriff.

daß die Burgenlandfrage daher auch niemals die Beziehungen zwischen Deutschen und Magyaren ernsthaft stören kann, das ist eine Erkenntnis, die man gerade aus der Auseinandersetzung zwischen dem deutschen Reichstagspräsidenten Lobe und dem geschicktesten und entschlossensten Vertreter der ungarischen Revisionbewegung, dem Grafen Apponyi, gewinnen muß. Wenn Ungarn nun auch noch den ausdrücklich anerkannten und gesetzlich gewährleisteten nationalen Kulturforderungen der 500 000 Stammesdeutschen im jehigen Völkereiche praktische Verwirklichung zuteil werden läßt, so dürfte das zur Vertiefung der schon bestehenden Freundschaftsbeziehungen beitragen und auch für die Fortführung der ungarischen Außenpolitik im Sinne einer gerechten und friedlichen Wiederherstellung von Vorteil sein.

Einladung zur Unterzeichnung des Kelloggpatentes in Paris.

Paris, 9. August. „Matin“ erklärt, in der Lage zu sein, anlässlich zu können, daß die französische Regierung im Namen und im Auftrag Kelloggs vorgestern den in dem amerikanischen Memorandum vom 23. Juni als Unterzeichner des Antikriegspatentes genannten Mächten die offizielle Einladung überreichte. Es handelt sich um

die 7 Völkerstaaten und die englischen Dominions. Die Antworten dürften Ende dieser Woche in Paris eintreffen. „Paris“ berichtet in gleichem Sinne und bemerkt dazu: Vorgestern hätte Kellogg die Einladungen versenden müssen; da aber Paris als Unterzeichnungsort gewählt wurde, habe die amerikanische Regierung es für höflicher gehalten, daß die Einladungen von Frankreich, dem Gastgeber, ausgeben. Frankreich sei diesem Wunsch nachgekommen unter der Bedingung, daß es gleichzeitig im Namen und Auftrag Amerikas handele. Nach einigen Bedenken habe man sich auf dieses Verfahren geeinigt. Die offiziellen Einladungen seien vor zwei Tagen erlassen, und zwar an die „ursprünglichen Gründer“. Das amerikanische Staatsdepartement und der Quai d'Orsay hätten sich in diesem Sinne geeinigt.

Amerikanische Protektnote an China.

X. Schanghai. Der Gesandte der Vereinigten Staaten in Peking überreichte dem Minister des Auswärtigen eine Note, in der der nationalchinesischen Regierung vorgeworfen wird, sie habe das wiederholt gegebene Versprechen, den gesamten von chinesischen Truppen oder anderweitig beschlagnahmten amerikanischen Besitz freizugeben und neue Besetzungen zu verhindern, nicht eingehalten. Die Note fordert zum Schluß von der nationalchinesischen Regierung als Beweis ihrer Aufrichtigkeit, daß derartige Beschlagnahmen gänzlich aufhöre.